



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten .....	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen .....	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	7
4.	Türkische Zyprioten .....	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Beziehungen zur Türkei .....	9
	Innenpolitische Entwicklungen .....	10
	Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen .....	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

### **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an  
[FESPaparoditi@gmail.com](mailto:FESPaparoditi@gmail.com)

## 1. Das Zypernproblem

Im Februar verschärfte die Türkei die Spannungen in der exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) Zyperns. Es kam zu einer Aufschiebung der Erkundungsbohrungen in Block 3, welches von der Republik Zypern dem italienischen Energieunternehmen ENI zugeschlagen worden war. Diese Ereignisse hatten eine direkte Auswirkung auf das Zypernproblem. Beide Themen sind nun – ungeachtet der diplomatischen Bemühungen der griechisch-zypriotischen Seite, diese auseinander zu halten – miteinander verknüpft.

Am 15. Februar konferierten Präsident Anastasiades und die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, Elizabeth Spehar, um die Aussichten bezüglich einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu sondieren. Zum Abschluss des Treffens erklärte Anastasiades, dass die Verhandlungen erst fortgesetzt werden könnten, wenn die Türkei Konflikte in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns unterlasse.

Am 18. Februar berichtete der Nachrichtensender CNN Türk, dass sich der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci einen Kompromiss als Teil einer Übergangslösung wünsche, um den Streit bezüglich der Probebohrungen in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns zu lösen. Akinci warnte davor, dass, sollte ein solcher Kompromiss nicht gefunden werden, die türkischen Zyprioten gemeinsam mit der Türkei eigene Erkundungsbohrungen in der EEZ der Insel beginnen würden.

Ähnlich äußerte sich der türkisch-zypriotische Minister für Wirtschaft und Energie, Özdil Nami. Am 25. Februar erklärte er, dass das die Erkundung und Ausbeutung der Gasvorkommen bis zu einer Lösung des Zypernproblems entweder gemeinsam durchgeführt oder eingefroren werden müssen. Nami drohte damit, dass die Türkei Probebohrungen in allen Blöcken der zypriotischen exklusiven Wirtschaftszone verhindern werde.

Zwischenzeitlich schlug der türkisch-zypriotische Außenminister Kudret Özersay eine weitere Option vor: die griechischen Zyprioten könnten die Offshore-Bohrungen unter der Bedingung fortführen, dass die türkischen Zyprioten auf irgendeine Art in dieses Unterfangen mit einbezogen würden. Er forderte die türkische Seite auf, „weiterhin abschreckend zu handeln.“ Wenn nötig, werde „eine bilaterale Abgrenzungsvereinbarung für (zwei) separate zypriotische exklusive Wirtschaftszonen mit den griechischen Zyprioten auf die Agenda kommen“.

Anastasiades stellte in seiner Antwort klar, dass die Forderungen der türkischen Zyprioten ungerechtfertigt seien. Er verwies darauf, dass zwischen dem ehemaligen Präsidenten Demetris Christofias und dem früheren türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mehmet Ali Talat diesbezüglich eine Vereinbarung getroffen worden sei. Das Abkommen sehe vor, dass alle Entscheidungen, die Meeresgebiete, Kontinentalschelf und die exklusive Wirtschaftszone betreffen, nach der Wiedervereinigung von einer föderalen Regierung getroffen werden würden.

Anastasiades zufolge hat die Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Schaffung eines Fonds – ähnlich des norwegischen Staatsfonds – unterstützt. In diesem Fond würden die Gewinne aus dem Gasvorkommen so verwaltet, dass die „Interessen der heutigen und künftigen Generationen aller Zyprioten gewahrt werden.“

In seiner Antwort auf die Äußerungen türkisch-zypriotischer Amtsträger betonte Außenminister Nicos Christodoulides, die türkisch-zypriotische Seite benutze die Streitfrage ‚Gasvorkommen‘ als Ausrede, um nicht an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Er rief die türkischen Zyprioten auf, sich zu entscheiden, ob sie eine Zukunft mit der Türkei oder ein wieder-vereinigtes Zypern anstrebten.

Am 27. Februar traf sich Spehar zu einem separaten Gespräch mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci. Spehar betonte, dass die Vereinten Nationen beide Seiten dazu aufrufe, über das künftige Vorgehen nachzudenken und darauf warte, die jeweiligen Standpunkte in Bezug auf eine gemeinsame Strategie für eine künftige Lösung zu hören. Auf die Frage, ob bald mit einem Treffen der Volksgruppenführer zu rechnen sei, erklärte Spehar, dass beide Seiten zunächst Vorgespräche führen werden.

Am 14. Februar konstatierte UN-Generalsekretär Antonio Guterres, dass eine Lösung des Zypernproblems der beste Weg sei, den Konflikt um das Gasvorkommen zwischen Zypern und der Türkei beizulegen. Guterres bedauerte die Zuspitzung der Spannungen hinsichtlich der

Gasbohrungen. Alle Beteiligten sollten ihr Möglichstes tun, den Konflikt zu entschärfen. Er erinnerte daran, dass der frühere türkisch-zypriotische und der ehemalige griechisch-zypriotische Volksgruppenführer sich geeinigt hätten, dass Bodenschätze in einem vereinigten Zypern in den Kompetenzbereich der zukünftigen föderalen Regierung fallen würden.

In einer Erklärung an die öffentlich-rechtliche türkisch-zypriotische Nachrichtenagentur sagte Regierungssprecher Baris Burcu, dass die Karte, die den Vereinten Nationen während der Territorial-Gespräche im Rahmen der Zypernkonferenz vorgelegt worden war, auf Wunsch Präsident Akincis zurückgezogen worden sei. Burcu erinnerte daran, dass im Anschluss an das Scheitern der Zypern-Konferenz die griechisch-zypriotische Führung alle unterbreiteten Vorschläge zurückgezogen habe. Auf die Kritik den Zeitpunkt der Ankündigung betreffend (sie wurde einige Tage vor der zweiten Runde der griechisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen publiziert), erwiderte Akinci: „Diese Erklärung wurde kürzlich auf eine Anfrage der Medien hin veröffentlicht. Wir werden es nicht akzeptieren, dass versucht wird, dies als Einflussnahme auf die Wahlen im Süden darzustellen.“

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer Akinci gratulierte seinem griechisch-zypriotischen Amtskollegen Nikos Anastasiades zu dessen Wahlsieg und sagte: „Ich hoffe, dass Herr Anastasiades während seiner zweiten Amtszeit eine realistischere und konstruktivere Politik bezüglich einer umfassenden Einigung und Frieden auf Zypern verfolgen wird“.

Im Zuge seiner Ernennung zum Minister für Wirtschaft und Energie in der neuen Regierung reichte der türkisch-zypriotische Unterhändler Özdil Nami sein Abschiedsgesuch bei Akinci ein. Akinci verkündete, er denke zum jetzigen Zeitpunkt nicht daran, einen neuen Unterhändler zu ernennen, da er nicht wolle, dass sich die Verhandlungen in gleicher Weise noch 50 weitere Jahre lang so hinzögen. Er fügte hinzu: „Verhandlungen können nur positiv verlaufen, wenn sich eine Rahmenstrategie unter der Maßgabe abzeichnet, dass die griechisch-zypriotische Seite einen geistigen Wandel durchläuft und wahrhaftig die politische Gleichberechtigung der türkischen Zyprioten akzeptiert“. Er erinnerte daran, dass UN-Generalsekretär Antonio Guterres ebenfalls keinen neuen Sonderberater ernannt hätte, um Espen Barth Eide nach dem Zusammenbruch der Gespräche in Crans Montana zu ersetzen. „Das zeigt uns, dass hier keine Dringlichkeit besteht“.

Das türkisch-zypriotische Außenministerium gab eine Erklärung ab, in der es einen Angriff auf ein türkisch-zypriotisches Auto im südlichen Teil Zyperns heftig verurteilte. Es appellierte an die griechisch-zypriotischen Behörden, unverzüglich zu handeln und diejenigen zu bestrafen, die das Verbrechen verübt hätten. Das Außenministerium prangerte an, dass Angriffe auf türkische Zyprioten in den vergangenen Monaten zugenommen hätten und zur Normalität würden. Die griechisch-zypriotischen Behörden sollten ernsthafte Maßnahmen ergreifen.

## 2. Gasvorkommen

Am 8. Februar verkündete das italienische Energieunternehmen ENI, dass man im Kalypso-Explorationsfeld in Block 6 der exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ) Schwachgas entdeckt habe. Dem Bericht zufolge, wird in Kalypso ein Gasvolumen von 6 bis 8 Trillionen Kubikfuß Naturgas vermute. Im Vergleich dazu beträgt das 2011 entdeckte Volumen des Aphroditefeldes nur 4,5 Trillionen Kubikfuß. Laut einer Erklärung von ENI, handelt es sich bei Kalypso um „einen vielversprechenden Gasfund und bestätigte Zohr-ähnliche Ausbreitung in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns“.

Die Euphorie, die die Bekanntmachung des Unternehmens auslöste, wurde am 9. Februar getrübt. Auf dem Weg von Block 6 zum Tintenfisch-Feld in Block 3 der exklusiven Wirtschaftszone wurde ENIs Bohrschiff Saipem 12000 von türkischen Marineschiffen abgefangen. Die Kriegsschiffe, die an Militärübungen vor der Ostküste der Insel teilnahmen, befahlen dem Kapitän, abzudrehen. Am 6. Februar hatte die Türkei eine Schifffahrtswarnung (Navtex) versandt, in der sie Schifffahrer darüber informierte, dass sie die südlichen Gewässer der Insel einschließlich Block 3 für militärische Trainingszwecke bis einschließlich 22. Februar reservieren würde. Das ursprüngliche Navtex wurde am 20. Februar bis zum 10. März verlängert, was die türkischen Militärübungen auf eine unübliche Dauer von 30 Tagen ausweitete.

Nach der zweiwöchigen Blockade, in der das Bohrschiff von ENI quasi manövrierunfähig in 50km Entfernung vom Ziel festlag, versuchte

der Kapitän am 23. Februar ein weiteres Mal das Tintenfisch-Feld zu erreichen. Er wurde jedoch erneut von türkischen Kriegsschiffen abgefangen. Als Folge des Störmanövers in Block 3 nahm das Bohrschiff am 26. Februar Kurs nach Marokko, wo ENI Vertragsverpflichtungen hat.

Die Türkei erhebt den Anspruch, im Namen der türkischen Zyprioten zu handeln, die ebenfalls ein Recht auf die Rohstoffquellen der Insel hätten. Darüber hinaus erkennt die Türkei die von griechischen Zyprioten beherrschte Republik Zypern nicht an, und folglich weder das Recht der Republik auf die exklusive Wirtschaftszone, die diese mit einigen Nachbarländern abgegrenzt hat, noch das Recht auf den Festlandsockel. Die türkischen Zyprioten haben außerdem bereits im September 2011 eine Abgrenzungsvereinbarung bezüglich des Festlandsockels mit der Türkei unterzeichnet. Auf dieser Grundlage erklärten die türkischen Zyprioten ihre eigene exklusive Wirtschaftszone. Praktisch beanspruchen sie die Hälfte der EEZ der Republik Zypern, inklusive der Blöcke 1, 2, 3, 8, 9, 12 und 13. Auch die Türkei erhebt Ansprüche auf einige Blöcke in der zypriotischen EEZ. Die betreffenden Gebiete bildeten einen Teil des türkischen Festlandsockels. Hierbei handelt es sich um die Blöcke 1, 4, 5, 6 und 7 im Süden respektive Südwesten der Insel.

Die Eskalation der Spannungen in der exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern veranlasseten die USA und die EU zu Reaktionen. Mit Ausnahme von verbalen Verurteilungen wurden jedoch keine weiteren Maßnahmen ergriffen, um die Türkei abzuschrecken. Die Botschafterin

der Vereinigten Staaten von Amerika, Kathleen Doherty, bekräftigte in ihrer Stellungnahme erneut die Position der USA: „Unsere seit langem verfolgte Politik beinhaltet, dass wir der Ansicht sind, dass die Republik Zypern das Recht hat, in ihrer exklusiven Wirtschaftszone natürliche Ressourcen zu erforschen und zu fördern. Wir haben auch öffentlich gesagt – und dies ist seit langem unser Standpunkt –, dass die Rohstoffe im Rahmen einer Lösung gerecht aufgeteilt werden sollten“. Einer Erklärung des Büros des französischen Präsidenten zufolge äußerte sich Emmanuel Macron in einem Telefongespräch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan bezüglich der jüngsten Vorfälle vor der Küste Zyperns besorgt und betonte „die Notwendigkeit, die Souveränität der Republik Zypern zu respektieren“. Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, bekräftigte im Namen aller EU-Mitgliedsstaaten Zypern seine Unterstützung. Es sei das Hoheitsrecht der Republik Zypern, seine Ressourcen im Einklang mit europäischem und internationalem Recht, einschließlich der UN-Seerechtskonvention, zu erforschen und auszuschöpfen.

Zyperns Energieminister Giorgos Lakkotrypis erklärte, Zypern halte weiter an seinen Plänen fest, das Gasvorkommen in seiner exklusiven Wirtschaftszone zu erforschen, zu erschließen und auszuschöpfen, auch wenn sich ENIs Erkundungsbohrungen im Block Tintenfisch verschoben hätten. Am 23. Februar, während der Internationalen Petroleum Woche in London, verlautbarte der ägyptische Minister für Erdöl, Tarek al-Mulla, dass ein Vorvertrag mit der Regierung der Republik Zypern unterzeichnet worden sei. Verhandlungen über den Bau

einer Gaspipeline von Zypern nach Ägypten für Mitte des Jahres 2018 seien angelaufen.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut dem Statistischen Amt der Europäischen Kommission fiel die Arbeitslosenquote in Zypern von 10,3% (44.000 Personen) im Dezember 2017 auf 9,8% (42.000 Personen) im Januar. Es war das erste Mal in sechs Jahren, dass die Erwerbslosenrate unter 10% lag. Allerdings handelt es sich hierbei noch immer um die vierthöchste Arbeitslosenzahl in der Europäischen Union. Nach Angaben des Amtes für Statistik erwirtschaftete die Regierung 2017 auf Kassenbasis einen Haushaltsüberschuss von 360,7 Millionen Euro, was ungefähr 1,9% der Wirtschaftsleistung entspricht. Im Vergleichsjahr 2016 hatte der Haushaltsüberschuss bei 82,4 Millionen Euro gelegen. Die Gesamteinnahmen stiegen 2017 um 564 Millionen Euro auf 7,2 Milliarden Euro. Hauptsächlich handelte es sich hierbei um 305 Millionen Euro Mehreinnahmen aus indirekten Steuern (insgesamt 2,9 Milliarden Euro), Erlöse aus direkten Steuern verzeichneten einen Anstieg um 41 Millionen Euro und lagen unter 2,2 Milliarden Euro.

Die Staatsausgaben stiegen in 2017 um 195 Millionen Euro auf weit unter 7 Milliarden Euro. Der Anstieg der Ausgaben resultierte hauptsächlich aus einem Anstieg der laufenden Übertragungen um 84 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro sowie höheren Aufwendungen für

Löhne und Gehälter (1,8 Milliarden Euro) und nicht zuordenbaren Ausgaben (528,4 Millionen Euro). Das Amt für Statistik gab außerdem bekannt, dass sich die Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2017 um 4% gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2016 erhöht hätte.

#### Innenpolitische Entwicklungen

Am 4. Februar wurde Nikos Anastasiades in der Stichwahl um das griechisch-zypriotische Präsidentenamt wiedergewählt. Anastasiades sicherte sich mit 215.281 Stimmen (55,99%) einen komfortablen Sieg vor seinem Herausforderer Stavros Malas.

Während seiner Vereidigung vor dem Abgeordnetenhaus am 28. Februar präsentierte Anastasiades das innenpolitische Programm der neuen Regierung für den Zeitraum 2018-2023. Darin enthalten sind Reformen im öffentlichen Dienst sowie in den Bereichen E-Governance, Forschung und Innovation, die Förderung von Start-Ups, Menschen mit Behinderung, Rechten von Kindern, Antikorruptionsmaßnahmen, Tourismus, ländlicher Entwicklung und Erschließung der Bergregionen.

Anastasiades Regierung wolle auf eine Arbeitslosenquote von 4-5% hinarbeiten und für alle Berufsgruppen einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Priorität hätten darüber hinaus die Unterstützung kleiner und mittelständischer Betriebe (SME) durch Steuererleichterungen und –vergünstigungen sowie die Stärkung von weiblichen und Jungunternehmern durch neue Förderprogramme, die Entwicklung des elekt-

ronischen Geschäftsverkehrs und die Behandlung des Problems der notleidenden Kredite.

Hinsichtlich der Außenpolitik konzentrierte man sich auf vier Schwerpunkte:

- Teilnahme an der Ausgestaltung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik
- Stärkung der Beziehungen zu den Golfstaaten
- Formale Verknüpfung der EU-Mittelmeerländer mit den Nachbarstaaten
- Vertiefung der Beziehungen zu den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates

Am 13. Februar verkündete Anastasiades die Zusammensetzung der neuen Regierung. Dem neuen Kabinett, das am 1. März vereidigt wird, werden angehören:

**Nicos Christodoulides**, Außenminister  
**Harris Georgiades**, Finanzminister  
**Giorgos Lakkotrypis**, Energieminister  
**Zeta Emilianidou**, Arbeitsministerin  
**Savvas Angelides**, Verteidigungsminister  
**Costas Hambiaouris**, Bildungsminister  
**Constantinos Ioannou**, Gesundheitsminister  
**Vasiliki Anastasiadou**, Verkehrsministerin  
**Costas Kadis**, Landwirtschaftsminister  
**Constantinos Petrides**, Innenminister  
**Ionas Nicolaou**, Justizminister  
**Natasa Pilides**, Juniorministerin für Transport  
**Prodromos Prodromou**, Regierungssprecher  
**Klelia Vasiliou**, Vizeregierungssprecherin  
**Vasilis Palmas**, Staatssekretär (des Präsidenten)  
**Petros Demetriou**, Kabinettschef (des Präsidenten)

### Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Im Bausektor wurde im Beisein des Ressortleiters für Arbeitsbeziehungen eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der Bauunternehmer getroffen. Die wichtigsten tarifvertraglichen Bedingungen werden in einen Gesetzentwurf umgewandelt, der dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt wird. Diese alte Forderung der Gewerkschaft SEK war im vergangenen Jahrzehnt auch von PEO übernommen worden. Es wird erwartet, dass hiermit sowohl Arbeiter als auch Firmen vor unlauterem Wettbewerb der Bauunternehmer, die sich nicht an den Tarifvertrag halten, geschützt werden können.

In Limassol traten die Busfahrer in einen 24-stündigen Streik. Ihre Forderung: Die Wiedereinführung der Gehälter und Zusatzleistungen auf dem Niveau von vor 2014 entsprechend des modifizierten Tarifvertrages. Der Disput konnte noch nicht gelöst werden.

Die Gewerkschaft PEO bekräftigte erneut ihre Grundsatzforderung nach einer schrittweisen Rückführung der Löhne und Zusatzleistungen auf Vorkrisenniveau für den breiteren öffentlichen Sektor. Man wolle noch entschlossener gegen die Liberalisierung von Arbeitsverhältnissen kämpfen. Des Weiteren wolle man vermehrt gegen eine Deckung des Bedarfs an Mitarbeitern für dauerhaft anfallende Arbeiten in staatlichen Einrichtungen durch befristete Verträge, Leiharbeit und flexibel einsetzbares Personal vorgehen.

PEO und SEK organisierten eine Reihe von Versammlungen und Kundgebungen der städtischen Angestellten aller Gemeinden, in denen gegen die Auslagerung einer Vielzahl von Tätigkeiten protestiert wurde. Bestehende Tarifverträge würden dadurch verletzt.

Im Makarios-Krankenhaus streikten die auf Stundenbasis bezahlten Arbeitnehmer, vornehmlich Reinigungskräfte, gegen die personelle Unterbesetzung. Der Gesundheitsminister schaltete sich ein, versprach umgehende Maßnahmen durch die Regierung und stoppte so den Streik.

Die zypriotische Genossenschaftsbank unternahm den Versuch, mehrere Angestellte zu entlassen, die über notleidende Kredite verfügten. Die Gewerkschaften ETYK, PEO, SEK und PASYDY äußerten sich in aller Deutlichkeit und drohten sowohl mit der Einleitung rechtlicher Schritte als auch mit Streiks. Das Management der Bank sah sich gezwungen, ihr Vorhaben zurückzunehmen und diesen Angestellten mehr Zeit hinsichtlich der notleidenden Kredite zu geben.

Der Gesundheitsminister und die Gewerkschaft PASIDY unterzeichneten eine Vereinbarung, die die Höherstufung einer Reihe von Tätigkeiten im Gesundheitssektor in der Gehaltstabelle des öffentlichen Dienstes vertraglich festlegt. Diese wird 2019 in Kraft treten.

Der Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments hat Fragestellungen diskutiert, die von der Gewerkschaft der zeitlich befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter in Zypern, DEDE, aufgeworfenen worden waren:

die fehlenden Rechte von Nicht-Festangestellten sowie die Nicht-Anwendung der Europäischen Charta für Forschung und anderer EU-Empfehlungen. Im Januar hatte DEDE außerdem einen Streik an der Universität Zypern organisiert. Die EU-Kommission verwies in ihrer Antwort darauf, dass sie von ihrer Seite aus eine Reihe von Empfehlungen veröffentlicht habe und dass es Aufgabe der Mitgliedsstaaten und Universitäten sei, diese durchzusetzen. Der Europa-Parlamentarier Neoklis Sylikiotis, der die Angelegenheit auf den Tisch gebracht hatte, bat die Europäische Kommission, schriftlich die Schritte zu fixieren, die man beabsichtige einzuleiten, damit diese Handreichungen in die Praxis umgesetzt werden könnten.

Die Gewerkschaft SEK übergab dem kürzlich wiedergewählten Präsidenten der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, bei einem Treffen ihre Empfehlungen in schriftlicher Form. Diese beinhalten unter anderem: Stärkung der Tarifverträge, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Nichtprivatisierung halbstaatlicher Organisationen, Außer-Kraft-Setzung der Auslagerungspolitik von Arbeitsstellen im breiteren öffentlichen Sektor, fortlaufende Steuerreform sowie die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen und der Effektivität der Kommunalverwaltung.

SEK und PEO kritisierten Äußerungen der Vorsitzenden der zypriotischen Tourismus Organisation CTO und des zypriotischen Hotelverbands (PASYXE), die sich gegen Hotelangestellte richteten, die während ihrer Arbeitslosigkeit in der Wintersaison in ihrem Tätigkeitsfeld oder in einem anderen Bereich arbeiteten und gleichzeitig Sozialleistungen empfangen. Die Gewerk-

schaft SEK verwies darauf, dass diese Menschen in der Wintersaison nicht freiwillig ohne Arbeitsplatz seien. Zudem würden sie sich bereitwillig fortbilden wollen. Das Problem würde nicht durch derart abwertende Bemerkungen gelöst, sondern durch den Ausbau der Tourismusedienstleistungen auf Zypern. PEO sprach von einer „Beleidigung“ der Arbeitskräfte, die sich über das hart erkämpfte Recht auf Arbeitslosenunterstützung freuten. Die Gewerkschaftsbewegung werde niemals eine Umstellung von Erwerbslosen in billige Arbeitskräfte akzeptieren, für keinen Arbeitgeber. Es seien die Hoteliers, die das Risiko vermieden, ihre Hotels in der Winterzeit zu öffnen, und die eine finanzielle Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Mitarbeiter während des Winters zurückwiesen, betonte PEO.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut der Zahlen der Türkisch-Zypriotischen Zentralbank war der Staatshaushalt im Jahr 2017 zu 83% durch inländische Einnahmen finanziert worden. 10 Jahre vorher waren es nur 69% gewesen.

Die durchschnittliche Auslastung touristischer Einrichtungen in Nordzypern stieg von 48,6% (2016) auf 58,5% im Jahr 2017. Die Belegung der Casino-Hotels machte 62,7% aus, die der anderen Hotels lag bei 48,7%.

Mit einer Inflationsrate von 14,68% wurde 2017 der höchste Stand der vergangenen Jahre erreicht. Das Planungsamt teilte mit, dass die Lebenshaltungskosten im Januar um 0,22% gesunken seien.

### Beziehungen zur Türkei

Der türkische Botschafter in Nikosia, Derya Kanbay, stattete dem neuen türkisch-zypriotischen Premierminister Tufan Erhürman einen Besuch ab und überbrachte ein Schreiben des türkischen Premierministers Binali Yildirim. Kanbay sagte: „Wir wünschen Ihnen alles Gute und bekunden Ihrer Regierung die ausdrückliche Unterstützung der türkischen Republik“. Erhürman seinerseits betonte, dass die Beziehungen zur Türkei von zentraler Bedeutung seien. „Ich bin sicher, dass wir unsere Beziehungen zur Türkei auf höchster Ebene fortsetzen werden. Wir werden große Anstrengungen zeigen und werden weiterhin eng zusammenarbeiten“ konstatierte der Premierminister. Kanbay besuchte alle Minister einzeln und wünschte jedem Erfolg in seinem neuen Amt. Die gemeinsame Botschaft, die Kanbay allen Ministern übermittelte, lautete: „Die Republik Türkei steht neben der TRNZ<sup>1</sup> [...] Die Türkei wird immer der

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange aus-

wichtigste Unterstützer und Helfer bei allen anstehenden Arbeiten sein, die in Nordzypern für die Zukunft der türkischen Zyprioten getan werden müssen“.

### Innenpolitische Entwicklungen

Nachdem während eines Treffens am 31. Januar die Ausarbeitung des neuen Regierungsprotokolls vollendet worden war, unterzeichneten die Vorsitzenden der Republikanisch-Türkischen Partei (CTP), der Volkspartei (HP), der Sozialdemokratischen Partei (TDP) und der Demokratische Partei (DP) dieses am 1. Februar in einer feierlichen Zeremonie im Parlament. Der Parteivorsitzende der CTP Tufan Erhürman merkte an, dass die vier Parteien ein gemeinsames Verständnis bezüglich der Leitlinien hätten, anhand derer sie das Land regieren würden. Ziel der Koalitionsregierung seien zum einen weitreichende Reformen in der öffentlichen Verwaltung, zum anderen die Schaffung eines demokratischeren, freieren, egalitäreren und inklusiveren Landes auf rechtsstaatlicher Grundlage.

Erhürman gab zu, dass die 4-Parteien-Regierung bei der Lösung ungeklärter Probleme mit Herausforderungen konfrontiert sein wird. Jedoch glaube er daran, dass es möglich sei, die Probleme zu bewältigen: „Mit partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gutem Willen ist alles möglich. Ich glaube daran ... Ich habe es erlebt“, sagte er.

---

gesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

An anderer Stelle meinte Erhürman: „Der oberste Grundsatz, auf den wir uns alle verständigt haben, ist, dass wir bei jeglichen illegalen und irregulären Praktiken hart durchgreifen werden“. Erhürman ging kurz auf die Beziehungen zur Türkei ein. Er bemerkte, dass es die Pflicht jeder im Amt befindlichen Regierung sei, gute Beziehungen zur Türkei zu etablieren. Jede Partei, die hier versagen würde, sei zum Scheitern verdammt. Er ergänzte, dass die Verhandlungen zum neuen Protokoll mit Ankara bereits begonnen hätten.

Am 2. Februar stellte der designierte Premierminister Tufan Erhürman Präsident Akinci seine Kabinettsliste vor. Ihm gehören, von Akinci gebilligt, folgende Mitglieder an:

**Tufan Erhürman** (CTP), Premierminister;  
**Kudret Özersay** (HP), Stellvertretender Premierminister und Außenminister;  
**Aysegul Baybars Kadri** (HP), Innenministerin;  
**Serdar Denktas** (DP), Finanzminister;  
**Cemal Özyigit** (TDP), Minister für Nationale Erziehung und Kultur;  
**Zeki Celer** (TDP), Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit;  
**Filiz Besim** (CTP), Gesundheitsministerin;  
**Tolga Atakan** (HP), Minister für öffentliche Bauvorhaben und Kommunikation;  
**Fikri Ataoglu** (DP), Minister für Tourismus und Umwelt;  
**Özdil Nami** (CTP), Minister für Wirtschaft und Energie;  
**Erkut Sahali** (CTP), Minister für Landwirtschaft und Natürliche Ressourcen.

Mittlerweile wurde der stellvertretende Vorsitzende der CTP Famagusta, Teberrüken Ulucay, zum Regierungssprecher, Zorlu Tore von der größten Oppositionspartei UBP zum Vizeregierungssprecher gewählt. Am 15. Februar wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. 27 Abgeordnete stimmten für die neue Regierung, 22 dagegen. Ein Parlamentarier nahm nicht an der Abstimmung teil. Gemäß der Verfassung darf nach einem ausgesprochenen Vertrauensvotum weder eine Partei noch eine Gruppe Abgeordneter für drei Monate einen neuen Misstrauensantrag stellen.

Erhürman empfing den Präsidenten und den Vorstand der türkisch-zypriotischen Industrie- und Handelskammer (KTTO). Während des Besuchs drückte der Präsident der KTTO, Turgay Deniz, seine Freude darüber aus, dass die vier politischen Parteien Mut zur Regierungsbildung gezeigt hätten. Man sei davon überzeugt, dass die Regierungskoalition erfolgreich sein werde. Da sich das Regierungsprogramm zu 90-95% mit den Forderungen der Industrie- und Handelskammer decke, würde diese die Implementierung des Protokolls voll und ganz unterstützen. Turgay Deniz fügte hinzu, dass die Kammer für das Gelingen der Regierung bereit sei, alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun. Der Premierminister betonte die Ergebnisorientierung der Regierung und bemerkte: „Eine der Besonderheiten dieser Regierung ist, dass sie die Wirtschaft ins Zentrum jeglicher Politik gestellt hat“. Ohne Wirtschaft sei es nicht möglich, die Freiheit der Volksgruppe zu garantieren.

Die sechs Männer, die wegen der Angriffe auf die Tageszeitung Afrika und das Parlaments-

gebäude in Verwahrung genommen worden waren, wurden zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und sechs Monaten verurteilt. Der Vorsitzende Richter Tacan Reynar befand alle sechs der unrechtmäßigen Versammlung, öffentlicher Unruhe, Sachbeschädigung und vorsätzlicher Körperverletzung für schuldig. Die sechs Männer waren Teil einer Gruppe von Demonstranten gewesen, die am 22. Januar das Redaktionsbüro der Tageszeitung Afrika angegriffen hatten. Im Vorfeld hatte die Zeitung die türkische Militäroffensive gegen den kurdischen Kanton Afrin im Norden Syriens mit der Präsenz der Türkei in Nordzypren verglichen. Die Demonstranten hatten Steine und Eier auf das Gebäude geworfen, Fensterscheiben zertrümmert und das Schild der Zeitung heruntergeholt, wobei sie beträchtlichen Sachschaden angerichtet hatten.

### **Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen**

Der kürzlich ernannte Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit, Zeki Celer, traf sich zu einem ersten Gespräch mit dem Verband für Arbeitssicherheit und Gesundheitsexperten. Celer bezeichnete tödliche Unfälle an Baustellen als Mord. Das Versagen, derartige Unfälle zu verhindern, sei eine zunehmende Ursache für Schmerz und ein Anliegen in der Gesellschaft. Um Arbeitsunfälle ging es auch in einer Dringlichkeitssitzung des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit. In der Konferenz, welcher der Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit, Celer, und Vertreter der Branche beiwohnten, war ein Notfall-Krisen-Tisch eingerichtet worden.

Während des Treffens betonte Celer, dass um arbeitsbedingten Unfällen vorzubeugen, Sicherheitsvorschriften und Maßnahmen gesetzeskonform sein müssten. Gemäß der Beschlüsse, die am Ende der Sitzung gefasst wurden, werde - im Anschluss an Kontrollen durch Inspektoren des Arbeitsministeriums - die Arbeit auf allen Baustellen, an denen die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter nicht gewährleistet sei, auf unbestimmte Zeit eingestellt. Es soll zudem ein Ausschuss eingerichtet werden, der dabei helfen soll, Probleme im Themenbereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu lösen.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### März

#### **Donnerstag, 8. März – Samstag, 10. März 2018**

FES  
Workshop

#### **Journalistenseminar**

Home for Cooperation (in der UN Pufferzone),  
Nikosia

Keine öffentliche Veranstaltung



#### **Dienstag, 13. März 2018, 18:00**

FES  
Book Launch

#### **Education in a Multicultural Cyprus**

Home for Cooperation (in der UN Pufferzone),  
Nikosia

Öffentliche Veranstaltung



#### **Freitag, 16. März 2018, 09:00**

ZYPERN-INSTITUT UNIVERSITÄT MÜNSTER /  
University of Nicosia / FES  
Konferenz

#### **When the Cemetery Becomes Political. Dealing with the Religious Heritage in Cyprus and its Neighbouring Countries.**

University of Nicosia, Cine Studio, Nikosia

Öffentliche Veranstaltung



#### **Donnerstag, 29. März 2018, 17:00 – 19:00**

Civil Society Advocates / FES  
Präsentation

#### **Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen**

Bank of Cyprus Konferenzsaal  
Arch. Makarios III Avenue 117  
Limassol, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

## April

**Donnerstag, 12. April 2018, 17:00 – 19:00**

Civil Society Advocates / FES / KEPLI  
Präsentation

### **Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen**

KEPLI, Grigori Afxentiou 27  
Larnaka, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Donnerstag, 19. April 2018, 17:00 – 19:00**

Civil Society Advocates / FES / KEPLI  
Präsentation

### **Neue Gesetzgebung für Verbände und Stiftungen**

KEPLI, Griva Digeni 39  
Sotira oder Paralamni (tba) Zypern

Öffentliche Veranstaltung

### **Impressum:**

#### **Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

#### **Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und  
Sophia Papastavrou

#### **Übersetzung:**

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

#### **Layout:**

Christiane Paparoditi

**Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:**

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)